

«STEUERHÖLLEN» ATTACKIEREN DIE SCHWEIZ – SPIESS ENDLICH UMDREHEN?!

Die Attacken gegen den Steuerstandort Schweiz haben Tradition. Die jüngste Breitseite kommt aus Frankreich. Der sozialistische Abgeordnete *Arnaud Montebourg* machte den Wohnortswchsel von *Johnny Hallyday* in dessen langjähriges Feriendomizil Gstaad zum Wahlkampfthema. Als Sprecher von Präsidentschaftskandidatin *Ségolène Royale* beschimpfte er den beliebten Alt-Rockstar im eigenen Land als Steuerflüchtling, der sich in ein Steuerparadies absetze. Wohl doch nicht etwa, weil dieser die Kandidatur des konservativen Innenministers *Nicolas Sarkozy* unterstützt? Wie auch immer: Man hätte Hallyday (63) bei dieser Gelegenheit auch dafür danken können, dass er überhaupt so lange in der Steuerhölle verharrt und sich vom gierigen Fiskus Galliens während 45 Jahren tapfer gegen 70% seines Einkommens hat abnehmen lassen. Das ist nicht selbstverständlich. Andere Spitzenverdiener setzen sich nämlich bereits deutlich früher ins benachbarte Steuerparadies Monaco oder sonst wohin ab.

Unterstellungen sind grotesk. Der jüngste Angriff auf die erfolgreiche Schweiz sollte uns im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen nicht weiter beunruhigen. «EUR 32 Mia. – diesen gigantischen Betrag unterschlagen die transnationalen Unternehmen wegen der egoistischen Steuerpolitik der Schweiz», behauptet Montebourg in der Tageszeitung «Libération». Und doppelt nach: «Bald sind es 1400 Unternehmenssitze, die in die Schweiz transferiert worden sind. Das entspricht EUR 32 Mia. an Gewinnsteuern, die in Rauch aufgehen.» Das wären bei einem Wechselkurs von 1,60 exakt CHF 51,2 Mia. (pro Firma 36,6 Mio. Steuerfranken), was den jährlichen Gesamteinnahmen des Bundes oder gar dem Vierfachen der direkten Bundessteuern entspricht.

Wie reagiert die offizielle Schweiz auf derartige Behauptungen? Bundespräsidentin *Calmy-Rey* verbittet sich derartige Einmischungen und weist die Behauptungen scharf zurück. Es war und ist die einzig richtige Reaktion, die von offizieller Seite erfolgen darf, ja muss. Man will ja schliesslich nicht die Fehler von früher wiederholen und bei jeder noch so undifferenzierten Anschuldigung (Stichwort Bronfman) gleich auf

die Knie fallen, verängstigt die weisse Fahne strecken und zahlen, was gefordert wird.

Polemik statt Standhaftigkeit. Nun, Montebourg ist nicht mehr Sprecher von Royale; der aufgeblähte PR-Ballon ist geplatzt. Die Sache wäre damit eigentlich vom Tisch gewesen. Wenn, ja wenn sich nur die zweite Bundesrätin nicht in die Polemik eingemischt und – statt nachzudoppeln – einen «gewissen Handlungsbedarf» eingeräumt hätte. Dies, obwohl es sich weder um ihr Dossier handelt noch der Meinung des Bundesrates entspricht. Dass postwendend einige kantonale Finanzdirektoren in den magistralen Chor der sich schuldig Bekennenden einstimmten, mag kaum mehr zu verwundern. Es zeugt indes nicht gerade von regierungsrätlichem Selbstbewusstsein und einem Bekenntnis zur sonst hoch gelobten kantonalen Steuerhoheit. Ärgerlich, denn solche Aussagen, namentlich von offizieller Regierungsseite, sind ein Steilpass für den Gegner und werden genüsslich und bei jeder Gelegenheit gegen unser Land verwendet. Die Position der Schweiz im Steuerdiskurs mit gewissen EU-Ländern, den USA oder auch der OECD wurde damit geschwächt. Als weltoffene Industrie- und Dienstleistungs Nation sind wir jedoch in Freihandelsabkommen oder Doppelbesteuerungsabkommen auf gute Verhandlungslösungen angewiesen.

Bekenntnis zum Steuerstandort Schweiz. Das kann nur aus einer selbstbewussten Position der Stärke heraus gelingen. In diesem Sinne ist der zuständige Finanzminister *Hans-Rudolf Merz* zum Glück standhaft geblieben. Er hat den kantonalen Wettbewerb als verfassungskonform und als Stärke unseres föderalistischen Systems gewürdigt. Dass die Schweiz weit weg von einem Steuerparadies ist, zeigt sich anhand internationaler Vergleiche deutlich. Sonst hätten wohl kaum 60 Staaten mit uns Doppelbesteuerungsabkommen abgeschlossen.

Zur Gegenoffensive ansetzen. Wir sind künftig gut beraten, weitere Standortverbesserungen auch im Bereich der Steuern anzustreben – und diese selbstbewusst zu vertreten. Warum nicht einmal den Spiess umdrehen, zur Gegenoffensive ansetzen und jene anklagenden Länder mit ihren exorbitanten Steuern auf die Anklagebank setzen. Diese stellen nämlich für die wirtschaftliche Zukunft, die Arbeitsplätze und den Wohlstand in Europa die weit grössere Gefahr dar als Länder, die sich dem (Steuer-)Wettbewerb stellen. ■



HANNES GERMANN,
STÄNDERAT,
PRÄSIDENT DER
WIRTSCHAFTS- UND
ABGABENKOMMISSION
(WAK-S),
OPFERTSHOFEN/SH